

## **ENTSCHLIESSUNGSSANTRAG**

der Abgeordneten Mag. Gernot Darmann, Reinhold Maier  
und weiterer Abgeordneter  
betreffend **Asylstopp – Jetzt!**

Ein souveräner Staat muss Herr über sein Staatsterritorium und seine Staatsgrenzen sein. Um diesem Anspruch gerecht werden zu können, muss ein funktionierendes Staatswesen sein Staatsvolk vor illegalen Grenzüberschreitungen schützen.

Die Verliererampel aus ÖVP, SPÖ und Neos versucht nicht einmal diesem hehren Ziel zu entsprechen, ebenso wenig wie die schwarz-grüne Vorgängerregierung. Seit deren Amtsantritt im Jänner 2020 wurden 264.601 Asylanträge in Österreich gestellt<sup>1</sup>, somit weit mehr als die drittgrößte Stadt Österreichs, Linz, Einwohner hat.

Die derzeit ungehinderte Einwanderung illegaler Migranten aus unterschiedlichsten Herkunftsländern nach Österreich wird nicht unterbunden, sondern „gemanagt“, indem die Migranten nur das Stichwort Asyl sagen müssen, um im Land bleiben zu können. Es scheint hierbei völlig gleichgültig zu sein, dass selbige zig sichere Staaten auf ihrer Wanderung nach Österreich durchschritten haben und folgerichtig gar kein Anrecht auf Asyl haben. Asyl selbst kann darüber hinaus nur Schutz auf Zeit bedeuten und keinen dauerhaften Aufenthalt rechtfertigen. Eine konsequente Trennung zwischen tatsächlich asylberechtigten Personen und illegalen Migranten findet folgerichtig nicht statt.

„Gedankt“ wird diese falsche, linke „Willkommenspolitik“ mit einer Überrepräsentation in der Kriminalstatistik – diese Kausalität besteht noch dazu bei schweren Delikten wie Mord, schwerer Nötigung, Körperverletzung oder Vergewaltigung.<sup>2</sup> Die importierte Gewalt umfasst tragischerweise auch islamistische Terroranschläge, wie jenen am 15. Februar 2025, als ein syrischer Asylant einen jungen Österreicher ermordete und fünf weitere Personen teils schwer verletzte. Die illegale Massen- und Messerzuwanderung in unser Land gefährdet massiv die innere Sicherheit unseres Landes und die österreichische Bevölkerung.

Sie muss folgerichtig im Rahmen eines umfassenden Asylstopps aufgehalten werden. Deswegen ist es zum Schutz der inneren Sicherheit, der öffentlichen Ordnung und des sozialen Friedens in Österreich unbedingt erforderlich, einen sofortigen Asylstopp zu verhängen. Nur durch entschlossenes Handeln kann verhindert werden, dass Konflikte aus dem Ausland in unser Land importiert werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, endlich Verantwortung für die Sicherheit und Stabilität Österreichs zu übernehmen. Sie hat den Schutz der eigenen Bevölkerung konsequent in den Vordergrund zu stellen.

<sup>1</sup> [https://www.bmi.gv.at/301/Statistiken/files/2025/Asylstatistik\\_September\\_2025.pdf](https://www.bmi.gv.at/301/Statistiken/files/2025/Asylstatistik_September_2025.pdf), S. 1 (aufgerufen am 17.11.2025)

<sup>2</sup> <https://www.derstandard.at/story/3000000284114/schulen-sozialhilfe-schafataten-ist-die-integration-der-fluechtinge-gelungen> (aufgerufen am 17.11.2025)

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

### **Entschließungsantrag**

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Inneres, wird aufgefordert, zum Schutz der österreichischen Bevölkerung sofort einen absoluten Asylstopp umzusetzen. Hierfür sind die Landesgrenzen konsequent zu sichern, sodass illegale Migration und Schlepperei effektiv unterbunden werden. Österreich muss die Kontrolle über seine Grenzen und das Asylsystem unverzüglich und vollständig wiedererlangen, um die innere Sicherheit dauerhaft zu gewährleisten.“

The image shows four handwritten signatures in black ink. From left to right: 1. A signature that appears to be "G. BURMANN" with a small "B" underneath. 2. A signature that appears to be "O. MAIER" with a small "O" underneath. 3. A signature that appears to be "H. PFEIFER" with a small "P" underneath. 4. A signature that appears to be "N. SCHITZEN" with a small "N" underneath. Below the first two signatures, the name "grußwärter" is written in cursive script.

*In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Ausschuss für innere Angelegenheiten zuzuweisen.*

